

Politischer Jahresbericht

Äthiopien 2007/2008



Addis Abeba

Länderbüro Äthiopien, Juni 2007 – Juni 2008

Von Christian Peters-Berries

Juli 2008

Inhalt

Zusammenfassung	3
Innenpolitische Entwicklungen	4
Außenbeziehungen	9
Sozio-ökonomische Entwicklungen	12
Zivilgesellschaft und Rechtsstaat	17
Ausblick	19
Chronologie	21
Abkürzungen	24
Entwicklungsindices	25

Zusammenfassung

Die allgemeine innenpolitische Entwicklung in den Jahren 2007/2008 lässt sich am besten mit „Vorbereitung für die Wahlen 2010“ charakterisieren. Die Regierungspartei EPRDF nutzte einerseits alle Gelegenheiten, die 2005 noch starke Opposition zu spalten, zu schwächen und unglaubwürdig zu machen. Andererseits begann sie, die innergesellschaftlichen Kontrollen zu verschärfen und den Spielraum für die Opposition und vor allem für die Zivilgesellschaft und die Medien zu verengen.

Auf regionaler Ebene nahmen die Spannungen mit Eritrea zu. Auch die Situation im äthiopisch unterstützten, von manchen Beobachtern als besetzt bezeichneten, Somalia verschärfte sich weiter. Darüber hinaus kam es mit dem Sudan zu Grenzstreitigkeiten. Mit Sorge beobachtet die äthiopische Führung die Grenzgefechte zwischen Eritrea und Djibouti.

Die beachtlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten von wiederum über 10 Prozent und die ersten bemerkbaren „trickle-down“-Effekte sind durch die regionalen Spannungen und die daraus resultierenden militärischen Kosten auf absehbare Zeit gefährdet. Explodierende Energiekosten und hohe Nahrungsmittelpreise gefährden die bislang zunehmende soziale Stabilität.

Die Themen im Einzelnen

Innenpolitische Entwicklungen

Zersplitterung der Opposition

Im Zuge der Millenniumsfeiern begnadigte der äthiopische Bundespräsident Girma Woldegiorgis die meisten der kurz zuvor wegen ihrer Rolle bei den Aufständen von 2005 verurteilten politischen Häftlinge im Juli 2007. Dies wurde anfangs vielerorts als Indiz für einen innenpolitischen Versöhnungsprozess gewertet. Doch es wurde rasch deutlich, dass die Begnadigung damit wenig zu tun hatte. Sie war vielmehr ein kühl kalkuliertes politisches Manöver, das einerseits den Gebern signalisieren sollte, dass die Menschenrechte respektiert würden. Andererseits setzte die äthiopische Regierung darauf, dass sich die Hauptoppositionspartei selbst zerfleischen würde. Genau dies geschah: Die bereits zuvor durch eine Abspaltung (UEDP-Medhin) und eine gesplante Parlamentsfraktion geschwächte CUD zerfiel binnen weniger Monate in zwei Lager. Während die eine Gruppe um Parteichef Hailu Shawl rasch an Bedeutung verlor, konsolidierte sich die andere Fraktion um die stellvertretende Parteivorsitzende Birtukan Demeksa, indem sie sich mit dem größeren Teil der parlamentarischen Fraktion von CUD um Temesgen Zewde verbündete. Doch hatte sie nach einem Urteil des National Election Board of Ethiopia (NEBE) vom Februar 2008 den Parteinamen CUD aufzugeben. Den erkannte NEBE

dem weitaus kleineren Teil der Parlamentsfraktion um Ayele Chamiso zu. Die Gruppe um Birtukan und Temesgen musste sich als neue Partei registrieren lassen. Das verhinderte, dass diese Gruppe an den Nachwahlen und Kommunalwahlen im April 2008 teilnehmen konnte. Im Mai 2008 ließ NEBE die neue Partei UDJ (Union for Democracy and Justice) zu.

Millenniumsfeiern

Äthiopien folgt nicht dem gregorianischen Kalender, sondern dem traditionellen orthodoxen und feierte seinen Eintritt ins Dritte Jahrtausend daher erst am 11. September 2007. Die Feierlichkeiten waren überschattet von Sicherheitsvorkehrungen, die zur Absage eines vom mehrfachen Olympiasieger Haile Gebreselassie geplanten Langstreckenlaufs und etlichen öffentlichen Veranstaltungen führten. Dem halb-äthiopischen Multimilliardär Sheik Al-Ahmoudi war es zu verdanken, dass die Millenniumsparty dennoch großartige Züge annahm. In einer eigens von ihm für das Millennium errichteten großen Veranstaltungshalle fand eine „Silvesterparty“ mit rund 10.000 Menschen statt, unter ihnen Premierminister Meles Zenawi und der amerikanische Star Beyonce.

Bombenanschläge und innenpolitische Gewalt

Die regionalpolitischen Spannungen, bedingt durch den schwelenden Konflikt mit Eritrea und die äthiopische Intervention in Somalia, gefährdeten die innenpolitische Sicherheit. Im März und Mai 2008 kam es zu mehreren Bombenanschlägen in der Hauptstadt Addis Abeba, bei der zehn Menschen den Tod fanden. Ein weiterer Anschlag fand im Mai 2008 in Negelle Borena statt, in der Somali-Region Äthiopiens. Obwohl offen blieb, wer die Anschläge verübte, ist zu vermuten, dass die von Eritrea unterstützte „Befreiungsbewegung“ (Ogaden National Liberation Front ONLF) dahinter stecken.

Der Einmarsch und die Stationierung äthiopischer Truppen in Somalia im Dezember 2006 zur Unterstützung der dortigen Übergangsregierung ließ den Widerstand gegen die äthiopische Herrschaft in der Somali-Region im dort dominierenden Ogaden-Clan wieder aufflammen. Nachdem im März 2007 bei einem Angriff der ONLF auf ein Explorationscamp 74 Menschen, darunter 9 Chinesen getötet wurden, reagierte die äthiopische Regierung in der äthiopischen Somali-Region mit einer harten Kampagne gegen die aufständischen Kräfte. Die seit etwa Juni 2007 andauernde „counter insurgency“-Operation des äthiopischen Militärs prangerten internationale Organisationen wie Human Right Watch stark an, sie warfen dem Militär Menschenrechtsver-

letzungen vor (1). Das wurde von einer UN-Mission teilweise bestätigt (2). Weite Gebiete in der Somali-Region sind gegenwärtig für ausländische Beobachter gesperrt. Das Internationale Rote Kreuz wurde im Juli 2007 aus der Region verwiesen. Die Dürre im Frühjahr 2008 verschärfte die Ernährungslage in der Somalia-Region weiter.

Die als Folge des Klimawandels zunehmend erratischen Regenfälle führten in den betroffenen Gebieten zu einer Zunahme gewaltsamer Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen (Wasser, Land). In der Südregion forderte dies im März 2008 nach Gefechten zwischen Untergruppen der Oromo mehr als 30 Todesopfer. Weitere Zwischenfälle vor allem zwischen nomadischen Bevölkerungsgruppen und sesshaften Bauern werden seitdem auch aus anderen Teilen vermeldet.

Kommunal- und Nachwahlen

Im April 2008 fanden an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden (12./13. April und 19./20. April) Nachwahlen zum nationalen Parlament und zu einigen Regionalparlamenten statt. Landesweit wurden gleichzeitig auch die Bezirks- (woreda) und Ortsräte (kebele) gewählt. Die Regierungspartei EPRDF gewann nahezu alle zur Wahl stehenden Mandate. Daher darf sie sich

1 . Vgl. <http://www.hrw.org/english/docs/2008/06/12/ethiop>

2 . Vgl. <http://www.iht.com/articles/ap/2007/11/28/africa/>

ihrer Machtposition hinsichtlich der 2010 anstehenden Parlamentswahlen relativ sicher sein.

Sowohl die Nach- als auch die Kommunalwahlen waren zwei Jahre überfällig. Die nach den Wahlen und Unruhen 2005 stark verunsicherte EPRDF-Führung benötigte die Zeit, um die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen für die Rückeroberung der Macht in Addis Abeba und die Zementierung ihrer Kontrolle über die ländlichen Gebiete wieder herzustellen. Die noch 2005 so starke Opposition spielte ihr dabei mit taktischem Unvermögen und politischen Fehlern in die Hände. Die regierungsergebene Bürokratie tat ein Übriges.

Die wichtigste Oppositionspartei CUD zerfiel nach der Entlassung ihrer 18 Monate inhaftierten Führung in mehrere Fraktionen, die sich untereinander heftig anfeindeten. Ein Teil der Auseinandersetzung zwischen dem 2005 gewählten Parteichef Hailu Shawel und seiner Stellvertreterin Birtukan Demeksa fand in den USA und Kanada statt; von dort erfuhr die Partei bis dahin starke finanzielle Unterstützung. Die öffentliche Selbstzerfleischung der CUD in Nordamerika, über die in der äthiopischen Presse ausführlich berichtet wurde, zog die Aufspaltung der parlamentarischen Fraktion der CUD nach sich. Während die größere Gruppe unter Temesgen Zewde sich mit Birtukan Demeksa verbündete, versuchte der kleinere Teil unter Ayele Chamiso einen eigenen Weg zu steuern. Als beide Gruppen bei der Nationalen Wahlbehörde die Na-

mensrechte für CUD beantragten, erkannte diese in klassischer „Teile-und-Herrsche“-Manier den Namen CUD und die dazugehörigen Symbole ohne große Begründung der politisch unbedeutenden Chamiso-Gruppe zu. Damit war der politisch einflussreichere Teil der CUD-Fraktion um Temesgen gezwungen, einen neuen Parteinamen zu beantragen und eine neue Partei zu registrieren. Das hatte zahlreiche administrative Hürden (3): Die neue Partei UDJ (Unity for Democracy and Justice) wurde nicht mehr zur Wahl zugelassen. Doch damit hörte die Schikane nicht auf: Der für Mitte Juni 2008 angesetzte Gründungsparteitag der UDJ wurde als illegale Versammlung zunächst verboten, da die Veranstalter angeblich keine polizeiliche Genehmigung eingeholt hätten. Erst im letzten Moment wurde der Parteitag genehmigt. Birtukan Demeksa wurde von den rund 300 Delegierten zur ersten Vorsitzenden und Temesgen Zewdie zu einem ihrer Stellvertreter gewählt (4).

Auch die anderen parlamentarisch vertretenen Oppositionsparteien stellten sich selbst ein Bein, als sie kurz vor den Wahlen (UEDF) und vor den Kommunalwahlen (OFDM) erklärten, sie würden die Wahlen boykottieren. Der Grund: Die Mehrheit ihrer Kandidaten sei von der Wahlbehörde nicht zugelassen worden und ihre Anhänger

3 . U.a. die Beibringung von mindestens 10.000 Unterschriften von Bürgern, die diese Parteigründung unterstützen. Vgl. <http://www.ectvgallery.com/rss/feed.php?channel=70>

4 . Vgl. Capital Vol.10.No 497 vom 22.06.2008:8

würden bedroht und wirtschaftlich (5) für ihre Parteipräferenz bestraft. In Verkennung der politischen Konsequenzen halfen die beiden einzigen ernstzunehmenden Oppositionspartei der EPRDF, ohne große Gegenwehr ihre vorübergehend gefährdete Macht auf dem Land wiederherzustellen. UEDF und OFDM dürfte es 2010 bei den Parlamentswahlen schwer fallen, dieses verlorene Terrain wiederzugewinnen. Zumindest für die nächsten zwei Jahre sind beide Parteien auf ihre parlamentarische Repräsentanz beschränkt und haben ihre schon zuvor schwache Basis unter den Kleinbauern verloren.

Die verschiedenen Wahldurchgänge (parlamentarische Nachwahlen, Nachwahlen für die Regionalparlamente, und Kommunalwahlen) hatten offiziell eine hohe Wahlbeteiligung (über 80 Prozent) und ein eindeutiges Ergebnis:

- die absolute Mehrheit der EPRDF im nationalen Parlament stieg auf mehr als 75 Prozent,
- die Sitzverteilung im Stadtparlament (6) von Addis Abeba wurde vollkommen revidiert;

5. Die Parteivorsitzenden von UEDF (Beyene Petros) und OFDM (Bulcha Demeksa) erklärten öffentlich, dass die örtlichen Behörden ausgewiesenen Anhängern der Oppositionsparteien Nahrungsmittelhilfen und landwirtschaftliche Unterstützung verweigerten.

6. 2005 hatte die Oppositionspartei CUD 137 von 138 Sitze gewonnen. 2008 errang EPRDF 137 von 138 Mandaten und hätte auch den letzten Sitz gewonnen, hätte sie im letzten Moment nicht ihren Kandidaten zurückgezogen. Die Botschaft an die äthiopischen Wähler und die Opposition war eindeutig: Wir haben den Wahlprozess vollkommen unter Kontrolle!

- auf Bezirks- und Gemeinderäte entstand eine geradezu stalinistisch anmutende Kontrolle durch die Regierungspartei und ihre Alliierten.

Um von vornherein einen Sieg der Oppositionsparteien auszuschließen, hatte die Regierung die Zahl der bei den Kommunalwahlen zur Abstimmung stehenden Mandate auf rund 3,5 Millionen erhöht, eine für keine der Oppositionsparteien auch nur ansatzweise zu mobilisierende Zahl von Mandatsträgern.

Welch hohen Stellenwert die EPRDF-Regierung den Wahlen vor allem in der Hauptstadt einräumte, lässt sich an den Personalentscheidungen ablesen. Zum neuen Bürgermeister von Addis Abeba wurde der Verteidigungsminister Kuma Demeksa berufen, der innerhalb der Macht-hierarchie der EPRDF eine wichtige Position einnimmt.

Als Fazit der Nach- und Kommunalwahlen lässt sich festhalten:

1. Die vorübergehend gefährdete Machtposition der EPRDF ist wieder gefestigt und die Grundlagen für eine „sichere“ Parlamentswahl 2010 gelegt. Wahlen sind in Äthiopien zur Akklamation verkommen.
2. Die 2005 relativ erfolgreichen Oppositionsparteien haben Terrain verloren. Der Boykott der Wahlen durch UEDF und OFDM hat deren Basis auf dem

Lande weitgehend zerstört und ihnen keinen politischen Gewinn gebracht. Die Hauptopposition CUD hat sich personell und organisatorisch als unfähig erwiesen, aus den sich verschärfenden sozialen Problemen in den Städten Kapital zu schlagen.

3. Die hohe Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis spiegeln weniger einen grundlegenden Meinungswandel der Wähler wider, noch sind sie ausschließlich mit Zwang und Furcht der Wähler vor dem Entzug sozialer Überlebenshilfen durch die Regierung zu erklären. Vielmehr scheint das Wahlergebnis 2008 Ausdruck von Hoffnungslosigkeit: Viele Äthiopier haben den Glauben daran verloren, dass sie mit ihrer Stimme etwas an den politischen Verhältnissen im Lande ändern können. Diese Einstellung drückt sich in einem oft gehörten Satz aus: „In 2005 I voted with my heart, but in 2008, I am voting for my good!“⁽⁷⁾

Korruption

Äthiopien ist laut dem Corruption Perception Index (CPI), den die Antikorruptionsorganisation Transparency International jedes Jahr erstellt, eines der am wenigsten transparenten Länder in

der Welt.. Auf der Werteskala von 1 („total korrupt“) bis 10 („völlig transparent“) rangiert Äthiopien mit einem Wert von 2,4 auf den hinteren Rängen.

2007 und 2008 erregte ein Skandal die Gemüter: Eine Gruppe von Geschäftsleuten verkaufte korrupten Beamten der Zentralbank 90 Kilogramm als Gold kaschiertes Blei. Der dabei entstandene Schaden belief sich auf rund 16 Millionen US-Dollar; 21 Verdächtige wurden verhaftet⁽⁸⁾.

Die Regierung scheint Korruptionsfälle wie diesen dazu zu benutzen, der Öffentlichkeit (und der internationalen Gemeinschaft) zu demonstrieren, wie ernsthaft sie Korruption bekämpft. 2007 wurde ein neues Amt zur Korruptionsbekämpfung eingerichtet, das seitdem die Korruptionsfälle aufarbeitet, in die politisch nicht geschützte Äthiopier involviert sind. Es gibt viele Hinweise darauf, dass ein großer Teil der politischen Elite in unsaubere Geschäfte verwickelt ist.

Außenbeziehungen

Eritreische Destabilisierungsversuche

Die äthiopische Regionalpolitik ist seit dem Krieg mit Eritrea darauf bedacht, destabilisierende

7.) Horn of Africa Bulletin, May 2008: "Ethiopia: holding elections after post-election trauma", page 3

8.) Vgl. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7294665.stm>.

Einflüsse aus den Nachbarländern zu unterbinden. Das wird teilweise als Versuch gewertet, eine regionale Hegemonialposition aufzubauen, teilweise aber eher als eine defensive Politik gesehen. Die Beziehungen zu Eritrea und zu Somalia stehen im Zentrum der äthiopischen Regionalpolitik.

Eritrea intensiviert seine Unterstützung von regimefeindlichen Kräften in Äthiopien in den vergangenen Jahren und zwang damit nicht nur Äthiopien zu Gegenmaßnahmen, sondern erhöhte auch die strukturelle Instabilität der gesamten Region „Horn von Afrika“ weiter. Als direkte Folge der eritreischen Destabilisierungspolitik ist der Einmarsch äthiopischer Truppen in Mogadischu im Dezember 2006 zu bewerten. Eritrea hatte Waffen, Ausbilder und Truppen für die „United Islamic Courts“ (UIC) in Somalia bereitgestellt. Das empfand die Regierung in Addis Abeba als Bedrohung der Sicherheit des Landes. Seitdem stehen größere äthiopische Truppen in Somalia, denen es jedoch immer weniger gelingt, die öffentliche Ordnung zu garantieren. Islamistische Widerstandsgruppen (al-Shabab) ist es in den vergangenen Monaten immer wieder gelungen, Anschläge auf die äthiopischen Truppen zu verüben und kurzfristig einzelne Städte einzunehmen. Der somalische Widerstand beschränkt sich nicht allein auf die äthiopische Präsenz, sondern richtet sich seit März 2008 auch auf die rund 1500 ugandischen Soldaten der Afrikanischen Union (AU), die seit 2007 als „Vorhut“ des geplanten AU-Kontingents von rund 8000 Solda-

ten in Mogadischu für politische Stabilität sorgen sollen. Die humanitäre Situation im Süden des ehemaligen Somalia hat katastrophale Ausmaße angenommen, Hunderttausende sind auf der Flucht und in Flüchtlingslagern.

Die Gefahr eines neuen Krieges mit Eritrea nahm seit Ende 2007 zu. Die International Crisis Group warnt in einem aktuellen Gutachten(9) vor einem „Krieg aus Versehen“, da grosse Truppenverbände teilweise weniger als hundert Meter von einander getrennt an der umstrittenen Grenze stationiert sind. Ein Funke genüge, so der Bericht, und das Pulverfass explodiere. Mehrmals kam es zu kleineren Zwischenfällen. Die äthiopische Regierung will durch ihre Truppen sicherstellen, dass Eritrea nicht einseitig die von Äthiopien reklamierten Grenzgebiete besetzt, die ihnen ihrer Ansicht nach laut dem internationalen Schiedsspruch der Ethiopia-Eritrea Boundary Commission (EEBC) zustehen.

Äthiopien akzeptierte zwar deren Demarkationsentscheidung, lehnt aber die von der EEBC propagierte „virtuelle Demarkation“ als „legal nonsense“ ab. Statt dessen besteht Äthiopien auf einer detaillierten Kennzeichnung (Deliniierung) des Grenzverlaufs (10). Das wiederum wird von Eritrea nicht akzeptiert.

9 . www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=1229&l=1 vom 17.06.2008

10 . Damit ist eine Anpassung des tatsächlichen Grenzverlaufs an geografische, infrastrukturelle und soziale Faktoren im Einzelfall gemeint, so dass etwa keine Dörfer geteilt oder keine Straßen durchschnitten werden.

Da die EEBC ihre Auffassung von der Grenzziehung gegenüber Äthiopien nicht durchsetzen konnte, löste sie sich im November 2007 auf. Die Regierung in Asmara erachtet die von der EEBC erstellte virtuelle Demarkation als verbindlich. Seit Januar 2008 begann sie damit, sie auf ihrem Territorium umzusetzen, indem sie Truppen im zuvor entmilitarisierten Grenzgebiet stationierte und die auf der eritreischen Seite stationierten UNMEE-Soldaten durch eine Treibstoffblockade zum Abzug zwang.

Beide Staaten spielen auf Zeit. Die äthiopische Seite setzt darauf, dass Eritrea die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kosten für die permanente Mobilisierung seiner Armee nicht mehr lange tragen kann und kollabiert. Es wird geschätzt, dass Eritrea mehr als 300.000 Männer und Frauen bewaffnet hat. Das entspricht etwa 35 Prozent der produktiven Bevölkerung des Landes (11). Eritrea hingegen hofft auf einen politischen Kurswechsel der USA nach einem demokratischen Wahlsieg. Der durch geschicktes Lobbying in den USA erarbeitete demokratische Gesetzentwurf „The Ethiopian Democracy and Accountability Act“ passierte im Oktober 2007 den amerikanischen Kongress, noch bevor er im republikanisch dominierten Senat und ein Veto der Bush-Regierung gestoppt wurde. Sollte der Gesetzesentwurf nach einem Sieg des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obamas durch den Senat gebracht werden,

11 . Vgl. International Crisis Group (2008).a.a.O.:10

drohen Äthiopien eine starke Einschränkung der amerikanischen Hilfe (vor allem im Sicherheitsbereich), Reiserestriktionen für wichtige Politiker und eine gezielte Unterstützung von Menschenrechtsgruppen (20 Millionen US-Dollar) vor Ort.

In der Zwischenzeit versuchen beide Seiten, den politischen Druck und die wirtschaftlichen Kosten der Konfrontation über den Grenzverlauf für den Gegner zu erhöhen. Die äthiopische Regierung fördert die innenpolitischen Gegner Eritreas und lässt wenig unversucht, die Regierung in Asmara international politisch ächten zu lassen. Die Reformierung der untereinander zerstrittenen eritreischen Opposition in einer Organisation (Eritrean Democratic Alliance) im März 2008 wäre ohne äthiopische Hilfe undenkbar gewesen. Eritrea unterstützt die politischen Gegner Äthiopiens in der Region und innerhalb Äthiopiens. Dies hat zur Destabilisierung am Horn von Afrika beigetragen:

- In Somalia zog die eritreische Hilfe für die UIC die kostspielige (12) äthiopische Intervention in Mogadischu zugunsten der Übergangsregierung nach sich. Zunächst wurde dies (von den USA und der EU) begrüßt. Doch Berichte über Menschenrechtsverletzungen(13), rückten die äthiopische Intervention in ein zunehmend kritisches Licht.

12.) Das äthiopische Militärbudget wird für das Finanzjahr 2008/9 um fast 15% auf rund USD 400 Mill. Erhöht; vgl. Sub-Saharan Informer, 13.6.2008.

13 . Vgl. <http://www.ehr.org.za>

- Seit Januar 2007 spielt Asmara den Gastgeber für die vertriebenen islamistischen somalischen Politiker und verhindert eine Verhandlungslösung für die politische Krise in Somalia. Das machte die anhaltende Präsenz substantieller äthiopischer Truppen in Somalia notwendig.
- Die bis 2006 verhalten agierenden „Befreiungsbewegungen“ Oromo Liberation Front (OLF) und Ogaden National Liberation Front (ONLF) sind mit Eritreas Unterstützung wieder aktiv geworden. Bereits 2006 und 2007 gab es blutige Überfälle und Anschläge in der äthiopischen Somali-Region, die sich 2008 in Addis Abeba fortsetzten. Die Reaktion der äthiopischen Regierung bestand darin, die Somali-Region unter Kriegsrecht zu stellen, um die Unterstützung für die ONLF „auszutrocknen“. Die dabei verübten Menschenrechtsverletzungen wurden von internationalen Organisationen angeprangert(14).
- Im April 2008 drangen eritreische Truppen mehrere Kilometer weit in das Territorium von Djibouti ein und blieben nach einigen Gefechten auf djiboutischem Gebiet. Im Juni 2008 kam es erneut zu blutigen Kämpfen innerhalb Djiboutis. Die Botschaft dieser Provokation lautet: Im Falle eines Krieges sind die äthiopischen

Nachschublinien zum einzigen verbliebenen Hafen sehr verwundbar.

Neue Partner: China und Indien

Um ihren außenpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern, hat die Regierung Meles 2007 und 2008 die Beziehungen zu den aufstrebenden neuen Mächten China und Indien weiter ausgebaut. Äthiopien nahm 2007 am chinesisch-afrikanischen Gipfeltreffen in Peking und 2008 am indisch-afrikanischen Gipfel in Neu Delhi teil. Mit beiden Ländern gibt es bilaterale Kooperationsabkommen, die zur Bereitstellung umfangreicher Kreditlinien und zu rapide wachsenden Investitionen aus beiden Ländern in Äthiopien geführt haben. Während chinesische Firmen vor allem in der Telekommunikation, beim Bau von Straßen und Wasserkraftwerken sowie bei der Rohstoffforschung engagiert sind, konzentriert sich Indien auf den Agrarbereich (Zuckerrohr, Tee, Agrosprit), die Lederbranche sowie auf den Bergbausektor (Pottasche). Im April 2008 erreichten indische Investitionen in Äthiopien 1,8 Milliarden US-Dollar.(15).

Beziehungen zur Bundesrepublik

Die Beziehungen Äthiopiens zur Bundesrepublik Deutschland sind weitgehend von wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Interessen bestimmt. Zwar ist Deutschland ein relativ kleiner

14 . ebd.

15 .) Vgl. The Daily Monitor, 19.7.2008:1

„Geber“ (16), doch fließt ein Großteil der offiziellen Hilfe (von 2005 bis 2008 rund 59 Millionen Euro) in ein ambitioniertes Großprojekt zum „Aufbau von Kapazitäten zur Wirtschaftsentwicklung“ (ECBP). Für die äthiopische Regierung hat das große strategische Bedeutung (17). Im Juni 2008 erhöhte die deutsche Regierung ihre Entwicklungszusagen für die nächsten drei Jahre auf 96 Millionen Euro. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) hat die Bauaufsicht für die Errichtung von 13 neuen Universitäten im Land, ein Auftrag im Wert von 250 Millionen Euro. Durch solche Großprojekte werden nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern gestärkt, sondern auch Abhängigkeiten auf deutscher Seite geschaffen, die sich bis hin zur Personalentsendung niederschlagen können.

Der Besuch von Bundeskanzlerin Merkel am 3. und 4. Oktober 2007 sowie Besuche von Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (BMZ) und Parlamentarierdelegationen unterstreichen die Bedeutung, die die Bundesregierung Äthiopien politisch und wirtschaftlich beimisst. Der im November 2007 wiedergewählte äthiopische Staatspräsident Girma Woldegiorgis reiste im Oktober 2007 zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Berlin.

16.) Lt. Einer Umfrage der deutschen Botschaft vom März 2007 rangiert Deutschland auf Platz 14 der Geberländer und -institutionen mit einem Hilfsvolumen von € 33 Mio.

17.) Eine kritische Bewertung des Programms nimmt Tillmann Elliesen vor: „Den Äthiopiern zum Gefallen?“ in: Welt

Ende 2007 gab es Beschwerden der Deutschen Welle, dass die Ausstrahlung ihres amharischsprachigen Radioprogramm gezielt gestört wurden. Nach energischen Interventionen der Bundesregierung hörten diese Störmanöver nach einigen Monaten auf. Die äthiopische Regierung ließ verlauten, dass sie nicht dafür verantwortlich sei.

Sozio-ökonomische Entwicklungen

Fortsetzung des Wirtschaftsbooms

Die äthiopische Wirtschaft setzte ihren fünf Jahre dauernden Boom fort. 2007 betrug die wirtschaftliche Wachstumsrate 9,8 Prozent. Auch für 2008 ist mit einem nur wenig verringerten Wachstum zu rechnen, trotz rapide steigender Öl- und Nahrungsmittelpreise. Motor dieses kräftigen Wirtschaftswachstums ist einerseits die Landwirtschaft, die von guten Regenfällen und hohen Investitionen ausländischer Konzerne profitierte. Andererseits tragen die Bauindustrie mit zahlreichen staatlichen Großprojekten im Straßenbau und in der Energiewirtschaft sowie ein ungebrochener Trend beim privat finanzierten Wohnungsbau und beim Bau kommerzieller Gebäude zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Aufgrund von großen Stromausfällen von März bis Juni 2008 büßte die Wirtschaft auf das Jahr berechnet rund eine Prozent Wachstum ein.

Die Gewinner des wirtschaftlichen Aufschwungs ist bislang die urbane Mittelschicht, die mit Konsumgütern und mit Wohnraum besser versorgt wurde und über steigende Einkommen und mehr Jobs verfügt. Aber auch regierungsnahen Unternehmer, die großzügig Importlizenzen und staatliche Aufträge zugeteilt bekamen, profitierten vom Aufschwung. 2007 und 2008 profitierten erstmals Kleinbauern von der verstärkten Nachfrage und von höheren Erzeugerpreisen. Dank erweiterter landwirtschaftlicher Beratungsdienste (18) und verstärktem Einsatz von Düngemitteln führen vor allem die Kleinbauern im Hochland gute Ernten ein, die sie gewinnbringend verkaufen konnten. 2006 und 2007 stieg die produzierte Getreidemenge im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 11 Prozent (19)

Dennoch betrug auch 2007 das Pro-Kopf-Einkommen (ppp) nur rund 700 US-Dollar im Jahr. Das macht Äthiopien noch immer zu einem der ärmsten Länder der Welt. Laut des Berichts des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen UNDP für 2006 ist Äthiopien eines der zehn am wenigsten entwickelten Länder der Welt (162 von 171). Der sich zwar verbessernde, aber immer noch geringe sozio-ökonomische Entwicklungsstatus des Landes wird von ande-

ren Einschätzungen wie etwa dem Bertelsmann Transformationsindex bestätigt (20).

Inflationsangst

Die offizielle Inflationsrate stieg im vergangenen Jahr stark an. Wurde die Preissteigerungsrate im April 2007 noch mit 15,2 Prozent angegeben, kletterte sie im Juni 2008 auf rund 55 Prozent, mit ungebremster Tendenz. Besonders rapide stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel, deren Steigerungsrate bereits im April 2008 43,7 Prozent erreichte. Die Gründe für den Preisanstieg und speziell für den bei Nahrungsmitteln sind vielfältig und nicht immer eindeutig:

- Premier Meles Zenawi sieht hauptsächlich externe Kräfte am Werke wie die Ölpreiserhöhung von rund 50 US-Dollar pro Tonne Anfang 2007 auf fast 150 US-Dollar im Juni 2008. Er argumentiert damit, dass die Transportkosten und die Produktionskosten von Nahrungsmitteln und industriellen Gütern stark verteuert hätte (21). So stieg der Preis für Mais zwischen September 2007 und Februar 2008 laut dem UN World Food Program um 83 Prozent, der für Sorghum (Mohrenhirse) um 89 Prozent und der für Weizen um 54 Prozent (22).

18.) Lt. Weltbank steigt die Zahl der landwirtschaftlichen Berater von 15.000 (2000) auf rund 67.000 im Jahr 2007 vgl. Ken Ohashi, Weltbank-Landesdirektor Äthiopien in: The Reporter 2.08.2008:8

19.) Vgl. The Reporter, 26.07.2008:8

20.) Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)2008, Bertelsmann Transformationsindex 2008: 157ff

21.) Vgl. Capital vom 1. Juni 2008

22.)Vgl. <http://econ.worldbank.org>

- Doch warum sich bei kaum veränderter Nachfragestruktur, aber gesteigerter Produktion und damit verbessertem Angebot die Preise für das Grundnahrungsmittel Teff (äthiopische Hirseart) innerhalb eines Jahres fast verdreifacht haben, ist nur schwer zu erklären. Spekulation lokaler Händler und gesteigerte Exporte spielen möglicherweise eine Rolle. Sie können aber kaum das Ausmaß der Preissteigerung begründen. Da mit Teff an internationalen Rohstoffbörsen nicht spekuliert wird, fällt diese Erklärung aus. Daher steht zu vermuten, dass der erhöhte Preis für Teff zu einem substantiellen Teil politisch bedingt ist: Die staatlichen Vermarktungsorgane haben die Aufkaufpreise kräftig erhöht, um den Kleinbauern Anreize für die Wahl der Regierungspartei EPRDF zu geben. Das zog einen „ripple effect“ nach sich und setzte eine Preisspirale in Gang.

Die Regierung musste mehrfach intervenieren und stark subventioniertes Mehl auf die städtischen Märkte bringen, um soziale Unruhen zu verhindern. Sie machte für die rapiden Preissteigerungen in erster Linie skrupellose Händler verantwortlich. In mehreren spektakulären Säuberungsaktionen ging die Polizei in den meisten Großstädten im März und Juni 2008 gegen Spekulanten und Schwarzmarkthändler vor. Als weitere Maßnahme wurde im April 2008 eine äthiopische Agrarrohstoffbörse eröffnet, die mit Kaf-

fee, Sesam, Bohnen, Teff, Weizen und Mais handelt. Dadurch sollen die Preise stabilisiert und den skrupellosen Händlern die Geschäftsgrundlage entzogen werden.

Dürre und Hunger

Während es im fruchtbaren Hochland Äthiopiens während der vergangenen Jahre ausreichend regnete, wurden die semi-ariden Gebiete im Osten und Südosten des Landes von Trockenperioden heimgesucht. Im Frühjahr 2008 gab es eine Dürre, der hunderttausende Rinder, Ziegen und Schafe zum Opfer fielen und in einer Hungernot mündete. Laut dem Kinderhilfswerk UNICEF benötigen rund 125.000 Kinder Soforthilfe und mehr als 6 Millionen Kinder unter 5 Jahren Nahrungsmittelhilfe und medizinische Betreuung. Die UN-Organisation bewertet die Nahrungsmittelsituation als die besorgniserregendste seit der Dürre 2003 (23)

Schuld an dieser Hungersnot, die von staatlichen Stellen gerne heruntergespielt wird, sind neben den geringen Niederschlägen und den erhöhten Nahrungsmittelpreisen vor allem zwei Faktoren: die den klimatischen Bedingungen nicht mehr angepasste und weiterhin steigende Zahl von Nutztieren im Tiefland sowie die Verhängung des Ausnahmezustands in weiten Teilen der Somali-Region als Folge des zunehmenden Widerstandes der ONLF. Letzteres schränkte den

23.) Vgl. The Daily Monitor, 21.05.2008:1

Handel mit Somalia und dem Norden von Kenia stark ein, der bislang einen Teil der Nahrungsmittel bereitgestellt hatte.

Energiekrise

Obwohl auf den internationalen Märkten die Energie- und Ölpreise 2007 und 2008 explodierten, blieben sie in Äthiopien relativ stabil. Grund dafür sind die starken Subventionen der Regierung. Wie lange das noch so bleibt, ist ungewiss. Im Mai 2008 überstiegen die Kosten für Ölimporte erstmals die gesamten Exporterlöse Äthiopiens. Der äthiopische Haushalt gerät daher in ein immer stärkeres Ungleichgewicht. Der Internationale Währungsfonds IWF forderte die Regierung auf, das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen und die Ausgaben zu verringern (24).

Um den steigenden Ölpreisen und der sich rasch erhöhenden Nachfrage nach Elektrizität zu begegnen, setzte die äthiopische Regierung auf einen massiven Ausbau der hydro-energetischen Reserven des Landes und die Förderung des Anbaus von Agrotreibstoffen. Beides ist für das Land mit beträchtlichen Risiken und Nebenwirkungen verbunden.

Der Bau neuer Wasserkraftwerke kommt nicht in dem Maße voran, wie die Nachfrage nach Elektrizität steigt. Von März bis Juni 2008 litt das gan-

ze Land unter Stromausfällen, die für Betriebe und Haushalte zuletzt an zehn Tagen im Monat für 14 Stunden (während des Tages) wirksam wurden. Grund dafür waren niedrige Pegelstände in den Wasserkraftwerken und die verspätete Inbetriebnahme des von Chinesen gebauten Tekeze-Wasserkraftwerks im Norden des Landes. Gleichzeitig war die Nachfrage nach Elektrizität aufgrund des starken wirtschaftlichen Wachstums und der Ausweitung der ländlichen Elektrifizierung stark gestiegen.

Selbst die Weltbank räumte inzwischen ein, dass ein Teil des gegenwärtigen internationalen Preisanstiegs für Lebensmittel auf den konkurrierenden Anbau von Agrotreibstoffen zurückzuführen ist. Die äthiopische Regierung setzt dennoch unverdrossen auf Agrotreibstoffe. Das zuständige Energieministerium hat 2007 rund 22 Millionen Hektar, ein Fünftel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche des Landes, als geeignet für den Anbau von Agrotreibstoffen ausgewiesen. Ende 2007 betrug die Zahl der Investitionslizenzen für den Anbau von Zuckerrohr, Ölsaaten und Palmöl bereits 14 und umfasste rund eine Million Hektar. Während die Regierung von ungenutzten Flächen spricht, die für Agrobrennstoffe genutzt werden sollen, fragen sich besorgte Nichtregierungsorganisationen, wo es in Äthiopien noch ungenutztes Land gibt. Und wenn es das gibt, warum es nicht für den Anbau von dringend benötigten Nahrungsmitteln genutzt werde. Durch neue Indizien erhärtet sich der Verdacht, dass Naturschutzreservate, die letzten großen Wald-

24.) Vgl. The Daily Monitor, 25.07.2008:1

bestände im Südwesten und landwirtschaftlich genutzte Flächen in den Randregionen Äthiopiens Agrotreibstoffplantagen weichen sollen.

Zwei Beispiele: Erst nach vielfältigen lokalen und internationalen Protesten, die schließlich an der Frankfurter Börse Wirksamkeit zeigten, konnte der Anbau von Ölsaaten durch die deutsch-israelische Firma FloraEcoPower (FEP) im Elefantenschutzgebiet von Babile gestoppt werden. Das Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung stellte die Verbindung von äthiopischen Umweltschützern zur deutschen Lobby-Organisation ProWildlife her, die mit einer Öffentlichkeitskampagne dazu beitrug, dass der Aktienkurs der FEP an der Frankfurter Börse von 5 Euro auf unter 1,50 Euro fiel (25). Das zwang die Firma schließlich zum Einlenken. Bei einem anderen Fall geht es um eine Palmölplantage mit etwa 100.000 Hektar, die der äthiopisch-saudische Milliardär Al-Ahmoudi in der Randprovinz Benishangul-Gumuz anlegen will. Nach Protesten der örtlichen Bevölkerung stoppte die Regionalregierung die Vorbereitungen für die Anlage der Plantage. Die Regierung plant, im September 2008 mit der Beimischung von Äthanol zum Treibstoff zu beginnen. Ungewiss bleibt, ob das aufgrund technischer Schwierigkeiten tatsächlich realisiert wird. Daher lässt sich die teure Einfuhrrechnung für Öl auch in absehbarer Zukunft nicht reduzieren und die äthiopische Regierung steht bald unter Druck, die Benzinpreise kräftig zu erhöhen.

Das dürfte den Unmut der urbanen Bevölkerung auf die Regierung vergrößern. Soziale Proteste sind nicht mehr auszuschließen.

Kaffeekrieg

Äthiopien ist stolz darauf, das Ursprungsland des Kaffees zu sein. Kaffee spielt im sozialen Leben des Landes eine wichtige Rolle. Zugleich ist Kaffee sein wichtigstes Exportprodukt. Daher versucht Äthiopien seit 2005, die Namen seiner wichtigsten Exportkaffeesorten international patentieren zu lassen. In Europa und Japan gelang das der äthiopischen Regierung problemlos. Aber in den USA geriet sie in Konflikt mit der amerikanischen Kaffeehauskette Starbucks, dem weltweit größten Aufkäufer von Kaffee. Da Starbucks bereits vor dem äthiopischen Registrierungsversuch ein Namenspatent auf eine äthiopische Kaffeesorte angemeldet hatte, versuchte die Firma in den USA gerichtlich ihr Patent zu verteidigen und zu verhindern, dass drei äthiopische Kaffeesorten ein äthiopisches Patent auf dem amerikanischen Markt bekommen. In diesem Streit ging es weniger um Lizenzgebühren als vielmehr um das öffentliche Image. Nach langen Verhandlungen, einer intensiven Kampagne gegen Starbucks durch Oxfam und gerichtliche Erfolge in den USA musste Starbucks im März 2008 schließlich nachgeben und für

25)Vgl. Focus online vom 30.05.2008: Thomas Zorn, Pack den Elefanten in den Tank.

zwei der drei umstrittenen Kaffeesorten die Namensrechte Äthiopiens anerkennen (26).

Zivilgesellschaft und Rechtsstaat

Geschlechterbeziehungen

Äthiopien hat eine fortschrittliche Gesetzgebung im Hinblick auf Frauenrechte und Gleichberechtigung. Die Praxis der Geschlechterbeziehungen sieht jedoch weit weniger positiv aus und wird bestimmt durch eine patriarchalische Kultur und tief verwurzelten, religiösen Überzeugungen von der Überlegenheit des Mannes.

Um die Position von Frauen in der Gesellschaft zu verbessern, verabschiedete die Regierung nach langen Konsultationen einen ambitionierten „National Action Plan for Gender Equality“ (NAP-GE). In weiten Teilen liest der sich wie ein Wunschzettel und scheint kaum realisierbar zu sein (27). Weder ist die Finanzierungsfrage der oft kostspieligen Förderungsprogramme geklärt. Noch ist klar, wer für die Umsetzung des Programms zuständig ist. So bleibt der NAP-GE wenig relevant für die rückständigen Geschlechterbeziehungen in Äthiopien.

Im internationalen Vergleich hinkt Äthiopien bei der Gleichstellung von Mann und Frau hinterher.

26.) Vgl. The Monitor, 6.3.2008

27.) Vgl. Heinrich Böll Foundation (ed.), Reflections No 15, December 2007

Im Gender Gap Index des World Economic Forum belegte Äthiopien 2006 nur den 100. Platz unter 115 Ländern. Besonders schlecht schneidet das Land bei der Ausbildung von Frauen ab (Platz 108). Die Alphabetsierungsrate unter Frauen betrug 2005 34 Prozent (Männer 49 Prozent). Politisch sind Frauen ebenfalls weniger präsent als Männer: Nur 22 Prozent aller Abgeordneten sind weiblich, 6 Prozent aller Ministerposten werden von Frauen besetzt (28).

In der äthiopischen Gesellschaft ist Gewalt gegen Frauen weit verbreitet. Eine besonders in Äthiopien verbreitete Form ist die Verheiratung von minderjährigen, oft nur zehn oder elf Jahre alten Mädchen. Viele dieser Minderjährigen erleiden bei Entbindungen starke innere Verletzungen, durch die sie dauerhaft inkontinent werden (so genannte Fistula). Schätzungen zufolge leiden in Äthiopien eine halbe Million Frauen an Fistula und werden deswegen stigmatisiert. Im Rahmen des 2. Addis International Film Festival on Rights and Justice im März 2008 wurden zwei vom Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung geförderte Filme zum Thema gezeigt. Die stießen auf großes Interesse und lösten große Bestürzung aus.

Zivilgesellschaftlicher Erstickungstod?

28.) Amdeberhan Gizaw: Gender Equality Status of Ethiopia in the Global Context. In: Heinrich Böll Foundation (ed.), Reflections No 15, December 2007:47-58

2008 wurden zwei Gesetzesvorlagen vorgelegt, die den Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Organisationen stark einschränken und sogar weitgehend unmöglich machen:

- Das Pressegesetz wurde nach Protesten in einigen Punkten zwar verbessert. Seine Substanz bleibt aber restriktiv. Danach ist es den Medien verboten, ausländische Finanzierung in Anspruch zu nehmen. Selbst für kleine Verstöße sind harte Strafen angedroht.
- Ein erster offizieller Entwurf für ein "NGO-Gesetz" wurde Anfang Mai 2008 vorgelegt, nachdem es zuvor mehrere Jahre intern diskutiert worden war. Das Justizministerium versuchte, den Gesetzesentwurf mit geringer Partizipation der Betroffenen durch das Parlament zu bringen. Doch der Gesetzentwurf traf auf internen Widerstand und internationalen Protest, da seine Bestimmungen die Zivilgesellschaft und das Engagement internationaler NGO in Äthiopien weitgehend zum Erliegen bringen würden. Der Gesetzentwurf ist politisch motiviert: Die Regierung will verhindern, dass bei den Wahlen 2010 NGO und internationale Organisationen politisch aktiv werden und für die Opposition mobilisieren. Zugleich soll mit dem Gesetz eine bessere Kontrolle nichtstaatlicher Akteure sichergestellt werden. Auf den Protest der äthiopischen Zivilgesellschaft, internationaler

NGOs und nahezu aller Geber zog Premierminister Meles Zenawi den Entwurf Ende Juni 2008 zurück und sagte weitere Gespräche zu, bevor der Entwurf wohl im Herbst 2008 dem Parlament endgültig zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Doch bereits bei der Zurücknahme des Entwurfs machte Meles deutlich, dass die Regierung an zentralen Punkten der ursprünglichen Vorlage festhalten will:

- Lokale NGOs dürfen nicht mehr als 10 Prozent ihres Einkommens aus ausländischen Quellen beziehen.
- Alle Tätigkeiten, die politische Mobilisierung beinhalten, sind für ausländische Organisationen Tabu. Ebenso Bereiche wie politische Bildung, Menschenrechte; Konfliktbearbeitung und nachhaltige Entwicklung. Bei Verstößen drohen harte Strafen.
- Ausländischen Organisationen wird ein Widerspruchsrecht vor Gericht nicht gewährt.

Für die Heinrich-Böll-Stiftung, die in Äthiopien als internationale NGO registriert ist, bleibt abzuwarten, in welcher Form das NGO-Gesetz verabschiedet wird und

welche Arbeit vor Ort dann legal noch geleistet werden kann.

Ausblick

Die Regierung von Meles Zenawi hat die politischen Zügel 2007/2008 fest in die Hand genommen. Die von Zenawi gewonnenen, aber kaum als frei und fair zu bezeichnenden, National- und Kommunalwahlen haben der äthiopischen Öffentlichkeit demonstriert, dass die Regierung nicht gewillt ist, ihre Macht aufzugeben oder zu teilen. Die Wahlen haben organisatorisch den Boden bereitet für den Sieg der Regierungspartei bei den für 2010 anstehenden Parlamentswahlen. Um Störungen auszuschließen, hat die Regierung restriktive Gesetze verabschiedet oder vorbereitet. Wenn beispielsweise das „NGO-Gesetz“ in der zweiten Hälfte 2008 verabschiedet werden sollte, werden die noch wenigen vorhandenen nichtstaatlichen, gesellschaftlichen Kontrollinstanzen behindert, möglicherweise sogar vollkommen ausgeschaltet. Die kommenden zwei Jahre stehen daher im Zeichen der Absicherung des Wahlsieges der Regierungspartei EPRDF und schränken den Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Gruppen und für internationale Organisationen erheblich ein.

Außenpolitisch hat Äthiopien den lange schwelenden Konflikt mit Eritrea nicht beigelegt. In der Grenzfrage haben sich die Positionen verhärtet, nach dem Abzug der UN-Truppen ist ein neuer

Krieg nicht auszuschließen, obwohl der weder im Interesse Äthiopiens noch Eritreas ist. Die äthiopische Intervention in Somalia hat bislang nicht den erhofften Erfolg gebracht, da sich weder die von Äthiopien unterstützte Übergangsregierung durchsetzen konnte, noch die versprochenen AU-Truppen die äthiopischen ersetzt haben. Ein längeres, kostspieliges und in seinen politischen Auswirkungen unsicheres Engagement Äthiopiens in Somalia ist absehbar. Solange Äthiopien Unterstützung durch die USA im Rahmen des „Kampfes gegen den Terror“ erhält, ist die weitere Stationierung äthiopischer Truppen in Somalia für die Regierung Meles tragbar. Sollte sich die amerikanische Strategie durch einen Wahlsieg Obamas ändern, stünde Äthiopien vor einem regionalpolitischen Scherbenhaufen.

Wirtschaftlich und sozial hat sich Äthiopien in den vergangenen vier Jahren positiv entwickelt, die Wachstumsraten liegen konstant bei etwa 10 Prozent. Doch explodierende Treibstoff- und Nahrungsmittelpreise, die vor allem die urbanen Mittelschichten treffen, überschatten die sozioökonomischen Erfolge der Regierung. Unruhen sind in Zukunft besonders in Addis Abeba nicht ausgeschlossen.

Chronologie

- Juli 2007 Die Mehrheit der seit November 2005 einsitzenden politischen Gefangenen wird nach einer gerichtlichen Verurteilung von Staatspräsident begnadigt, nachdem sie sich für ihre Rolle bei den Aufständen vom Juni und November 2005 entschuldigt haben.
Das Internationale Rote Kreuz wird mit dem Vorwurf, die Rebellen zu unterstützen, aus der Somali-Region verwiesen.
- 11.09.2007 Äthiopien feiert sein Millennium mit einer großen Party in Addis Abeba. Im Rahmen der sich über mehrere Monate erstreckenden Feierlichkeiten werden offiziell mehr als 500 Millionen Bäume gepflanzt, es treten internationale Popstars auf und es werden zahlreiche Großprojekte gestartet.
- Oktober 2007 Der äthiopische Staatspräsident Girma Woldegiorgis reist zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Berlin.
Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht Äthiopien und die AU.
- November 2007 Die Grenzkommission für Äthiopien und Eritrea beendet ihre Arbeit und verkündet eine „virtuelle Demarkierung“ der Grenze, die die umstrittenen Gebiete und Ortschaften Eritrea zuerkennt. Äthiopien lehnt es ab, den Schiedsspruch ohne weitere Verhandlungen mit Eritrea anzuerkennen.
- Dezember 2007 An der Grenze zu Eritrea werden beidseitig große Truppenverbände zusammengezogen. Vereinzelt kommt es zu Zwischenfällen.
- Januar 2008 Der chinesische Außenminister Yang Yiechi besucht Äthiopien. Die indischen Investitionen in Äthiopien steigen auf eine Milliarde US-Dollar. Indien gewährt einen „soft loan“, einen Kredit ohne die normalen Sicherheitsanforderungen, in Höhe von 640 Millionen US-Dollar für die Ausweitung der Zucker-Äthanol-Produktion.
- März 2008 Bei Bombenanschlägen, die der ONLF zugeschrieben werden, kommen in Addis Abeba zwei Menschen ums Leben.

- April 2008 Der beliebte Sänger Teddy Afro wird unter der Beschuldigung, im November 2006 einen Obdachlosen überfahren und getötet zu haben, inhaftiert. Es kommt zu Protesten seiner Anhänger.
- An zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden (12./13. und 19./20. April) finden Nachwahlen zum nationalen Parlament und zu einigen Regionalparlamenten statt, die von der Regierungspartei EPRDF gewonnen werden. Die wichtigsten Oppositionsparteien boykottieren die Wahlen.
- Mai 2008 Bei einem Bombenanschlag in Addis Abeba werden acht Menschen getötet.
- Die Regierung legt einen restriktiven Gesetzesvorschlag für zivilgesellschaftliche Organisationen vor, der sowohl bei der einheimischen Zivilgesellschaft als auch bei internationalen Organisationen und Gebern für Empörung und Protest sorgt.
- Juni 2008 Die Staatengemeinschaft am Horn von Afrika IGAD bestimmte Premierminister Meles Zenawi zum neuen Vorsitzenden und den äthiopischen Außenminister Seyoum Mesfin zum Vorsitzenden des Ministerrates.
- Das Urteil gegen den ehemaligen Diktator Mengistu Hailemariam (in seiner Abwesenheit) wird in ein Todesurteil umgewandelt. Mengistu lebt seit 1991 im politischen Asyl in Simbabwe. Mit der UDJ entsteht aus den Trümmern der alten CUD eine neue Oppositionspartei

Abkürzungen

CUD	Coalition for Unity and Democracy
ECBP	Engineering Capacity Building program (GTZ)
EEBC	Eritrean-Ethiopian Border Commission
EPRDF	Ethiopian Peoples Revolutionary Democratic Party)
ETB	Ethiopian Birr (Währung)
OLF	Oromiya Liberation Front
ONLF	Ogaden National Liberation Front
OFDM	Oromiya Federal Democratic Movement
NAP-GE	National Action Plan for Gender Equality
NEBE	National Election Board of Ethiopia
UEDF	United Ethiopian Democratic Front
UEDP	United Ethiopian Democratic Party
UDJ	Union for Democracy and Justice
UIC	United Islamic Courts (Somalia)

Vergleichende Entwicklungsindices für Äthiopien

Tabelle 1: HDI Development Trends 2000-2005

Source: UNDP website

Land	2000	2002	2004	2005	Trend
Äthiopien	0.379	0.359	0.371	0.406	positiv
Botswana	0.631	0.589	0.570	0.654	positiv
Eritrea	0.459	0.439	0.454	0.483	positiv
Kenia	0.529	0.488	0.491	0.521	negativ
Nigeria	0.445	0.466	0.448	0.470	positiv
Südafrika	0.707	0.666	0.653	0.674	negativ
Sudan	0.491	0.505	0.516	0.526	positiv
Tansania	0.433	0.407	0.430	0.467	positiv
Uganda	0.480	0.493	0.502	0.505	positiv
Simbabwe	0.541	0.491	0.491	0.513	negativ

Tabelle 2: Entwicklung der Politischen Freiheit (political freedom)

(Source: www.FreedomHouse.org)

Land	2000	2002	2004	2005	2006	2007	Trend
Äthiopien	5	5	5.0	5.0	5.0	5.0	neutral
Botswana	2	2	2.0	2.0	2.0	2.0	neutral
Eritrea		6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	neutral
Kenia	5.5	5.5	3.0	3.0	3.0	3.0	positiv
Nigeria	4.0	4.5	4.0	4.0	4.0	4.0	neutral
Somalia		6.5	6.5	6.5	6.5	7.0	negativ
Südafrika	1.5	1.5	1.5	1.5	2.0	2.0	negativ
Sudan		7	7.0	7.0	7.0	7.0	neutral
Tansania	4.5	4.0	3.5	3.5	3.5	3.5	positiv
Uganda	5.5	5.5	4.5	4.5	4.5	4.5	positiv
Simbabwe	6.5	6.0	6.0	6.5	6.5	6.5	neutral

Tabelle 3: Entwicklung des "Corruption Perception Index" (CPI) 1998-2006

(Source: Transparency International website)

Land	1998		2000		2002		2003		2004		2005		2006		Trend
	Rank	Index													
Äthiopien	-	-	60	3.2	59	3.5	114	2.3	137	2.2	130	2.4	138	2.4	negativ
Botswana	23	6.1	26	6.0	24	6.4	31	6.0	32	5.9	37	5.6	38	5.4	negativ
Eritrea	-	-	-	-	-	-	-	-	107	2.6	-	-	111	2.8	positiv
Kenia	74	2.5	82	2.1	96	1.9	129	2.1	144	2.1	142	2.2	150	2.1	negativ
Nigeria	81	1.9	90	1.2	101	1.6	144	1.6	152	1.9	142	2.2	147	2.2	positiv
Somalia	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	179	1.4	
Südafrika	32	5.2	34	5.0	36	4.8	46	4.6	46	4.5	51	4.6	43	5.1	negativ
Sudan							141	2.1	144	2.1			172	1.8	negativ
Tansania	81	1.9	76	2.5	71	2.7	90	2.8	88	2.9	93	2.9	94	3.2	positiv
Uganda	-	-	80	2.3	93	2.1	102	2.6	78	3.2	105	2.7	111	2.8	positiv
Simbabwe	42	4.2	65	3.0	71	2.7	114	2.3	107	2.6	130	2.4	150	2.1	negativ
Deutschland	15	7.9	34	5.0	18	7.3	15	8.2	16	8.2	16	8,0	16	7.8	negativ